Stadtverwaltung Zeulenroda-Triebes

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: BVZTö-077-2023 Status: öffentlich Datum: 04.07.2023
Betreff: Widerspruch gegen die Festsetzung der Kreisumlage	
Finanzverwaltung Frau Morgner Beratungsfolge: 05.07.2023 Stadtrat der Stadt Zeulenroda-Triebes	

Beratungsergebnis

Gremium:				am:		TOP:
Anw.:	Daf.:	Dag.:	Enth.:	laut Beschlussvorschlag:	abweichender Beschluss:	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Zeulenroda-Triebes beschließt gegen die Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2023 vom 12.06.2023 Widerspruch einzulegen.

Beschlussbegründung:

Die Stadt Zeulenroda-Triebes zahlt erneut mehr Kreisumlage (2023 6.996 T€), als sie Schlüsselzuweisungen vom Land Thüringen erhält (2023 4.339 T€). Der Anteil, den die Kommune aus eigenen Mitteln decken muss, ist 1.400 T€ höher als im Vorjahr.

Es wird jedoch mit Steuermehreinnahmen von „nur“ 700 T€ gerechnet.

Die Stadt Zeulenroda-Triebes befindet sich aufgrund der enormen Ausgabensteigerungen weiter in der Haushaltssicherung; die dauernde Leistungsfähigkeit ist in den Jahren 2023 und 2024 voraussichtlich nicht gegeben.

Der Ausweis einer freien Spitze ab dem Jahr 2025 gründet auf der Annahme, dass sich der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand wieder entspannt, die Steuereinnahmen weiter steigen, die Schlüsselzuweisungen sich erhöhen und die Kreisumlage ab 2025 sinkt.

Unstreitig ist, dass das Thüringer Finanzausgleichsgesetz die aktuellen Entwicklungen nicht berücksichtigt und keine auskömmliche Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen gewährleistet.

Zum Zeitpunkt der Berechnung des Kreisumlagesolls waren laut Schreiben der Kämmerei des Landkreises vom 14.06.2023 noch nicht alle Zuweisungen und Einnahmen bekannt. Eine vollständige Einberechnung konnte daher noch nicht erfolgen, obwohl die Finanzierung der Kreise durch das Land Vorrang hat.

Laut dem aktuellen Haushaltsplan des Landkreises wurden beispielsweise die vom Land Thüringen ausschließlich den Landkreisen und kreisfreien Städten gewährten **Energiehilfe nach § 1 ThürAEVG/E** nicht vollständig berücksichtigt. So wurde im Jahr 2023 bisher nur 1 Mio € statt der in Aussicht gestellten Summe von 2,7 Mio € einberechnet.

Die Energiehilfe wurde teilweise im Bereich Schulen einberechnet. Diese Berechnung erhöht die Kreisumlage und senkt die Schulumlage, was sich für die Stadt Zeulenroda-Triebes negativ darstellt.

Auch die nach § 4 ThürAEVG/E ebenfalls ausschließlich den Landkreisen und kreisfreien Städten gewährte **Energiehilfe für Sportstätten** findet bisher keine Berücksichtigung.

Der Gesetzgeber begründet diese den kreisangehörigen Gemeinden vorenthaltenen Hilfen damit, dass die Zuweisungen auch dämpfend auf die Höhe der Kreisumlagesätze wirken und somit auch die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden entlasten.

Dafür müsste allerdings eine vollständige Berücksichtigung beim Umlagesoll gegeben sein.

Laut Haushaltsplan des Landkreises wurde mit einer **Ausschüttung aus dem Landesausgleichsstock** nach § 24 Abs. 3 ThürFAG in Höhe von 200 T€ gerechnet. Tatsächlich beträgt die Ausschüttung für den Landkreis 607 T€.

Aus dem Haushaltsplan geht nicht hervor, ob der Landkreis im Sinne einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung weitere Möglichkeiten zur Entlastung des Kreishaushaltes und zur Entlastung der kreisangehörigen in Anspruch nimmt (z.B. Beantragung von **Mitteln aus dem Kulturfond Energie**).

Laut Beschlussprotokoll der 14. Sitzung des Kreistages Greiz am 28.03.2023 versicherte die Landrätin, sobald Entlastungen für den Kreishaushalt von Seiten des Landes über Zuweisungen, gesetzliche Regelungen oder Vereinbarungen kommen, wird der Kreistag hierüber informiert und die Kreisumlage entsprechend entlastet.

Mit Schreiben vom 14.06.2023 versicherte die Kämmerer des Landkreises, dass auch für das Jahr 2023 die Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes geprüft wird und es ggf. zu einer Absenkung der Kreisumlage für 2023 kommen kann.

Insoweit erfolgt die Einlegung des Widerspruches fristwährend und vorsorglich.

.....
Unterschrift